

# Inhaltsverzeichnis

Kapitel A	Grundlagen der Untersuchung – Die Grundzüge der europäischen Investitionsschutzpolitik und des internationalen Investitionsschutzrechts	13
I.	Einleitung	13
II.	Kerngedanke der Arbeit	17
III.	Gang der Untersuchung und Hauptthesen der Arbeit	20
IV.	Stand der Forschung zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im internationalen Investitionsschutzrecht	22
V.	Die europäische Investitionsschutzpolitik	26
1.	Die Ausgestaltung der EU-Kompetenz für den internationalen Investitionsschutz	27
2.	Erwartungen an die zukünftige EU-Investitionsschutzpolitik	31
3.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und die Verhandlungen der EU-Kommission	34
VI.	Grundlagen des materiellen Investitionsschutzrechts	34
1.	Die Rechtsnatur materieller Investorenrechte	35
2.	Die Funktionsweise materieller Investorenrechte	38
a.	Das Gebot des Fair and Equitable Treatments	38
b.	Der investitionsschutzrechtliche Enteignungsschutz	45
3.	Zusammenfassende Stellungnahme	51
Kapitel B	Die Bedrohung der staatlichen Handlungsfähigkeit durch die Unvorhersehbarkeit der Investor-Staat-Rechtsprechung	52
I.	Die völkerrechtliche Einordnung der staatlichen Regulierungstätigkeit	54
II.	Verbindliche Auslegungsanordnungen als normative Begrenzung materieller Investorenrechte	56
1.	Der Inhalt der Auslegungsanordnung	57
2.	Die Rechtsprechung nach der Auslegungsanordnung	58
3.	Zusammenfassende Stellungnahme	61

III. Die normative Begrenzung materieller Investorenrechte durch die Notstandsbestimmung Art. XI des BITS zwischen den USA und Argentinien	61
1. Die argentinische Wirtschafts- und Finanzkrise	63
2. Der entscheidungsrelevante Sachverhalt	65
3. Die schiedsgerichtliche Rechtsprechung zur Frage des Staatsnotstands	67
a. Übereinstimmungen der Rechtsprechung	68
b. Vermengung der völkergewohnheitsrechtlichen Notstandsnorm und der völkervertragsrechtlichen Notstandsbestimmung	69
c. Abstraktheit der völkervertraglichen Notstandsbestimmung und der völkergewohnheitsrechtlichen Notstandsnorm	72
4. Zusammenfassende Stellungnahme	75
IV. Die Begrenzung materieller Investorenrechte durch gegenläufige Völkerrechtspositionen am Beispiel des Menschenrechts auf Wasser	76
1. Die Anwendbarkeit allgemeiner Menschenrechte durch Investor-Staat-Schiedsgerichte	77
a. Menschenrechtsklauseln als Einfallstor für allgemeine Menschenrechte	77
b. Das Verfahrensrecht als Einfallstor für allgemeine Menschenrechte	78
c. Der Art. 31 Abs. 3 Lit. c WVK als Einfallstor für allgemeine Menschenrechte	79
2. Die normative Grundlage des Menschenrechts auf Wasser	80
3. Der entscheidungsrelevante Sachverhalt	83
4. Die Rechtsprechung zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung	86
a. Der Azurix-Schiedsspruch	86
b. Der Vivendi-Schiedsspruch	88
c. Der Biwater Gauff-Schiedsspruch	89
d. Der Impregilo-Schiedsspruch	90
5. Zusammenfassende Stellungnahme	91
V. Auflösung des strukturellen Problems der Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit durch Präcedenzentscheidungen	92
1. Präcedenzentscheidungen der Rechtsprechung im Völkerrecht und im internationalen Investitionsschutzrecht	94

2. Die Funktion und Wirkung von Präzedenzentscheidungen	96
3. Die Bindungswirkung von Präzedenzentscheidungen im internationalen Investitionsschutzrecht	99
a. Bindungswirkung durch Methodentreue der Schiedsrichter	100
b. Bindungswirkung durch Verantwortungsbewusstsein der Schiedsrichter für das Investitionsschutzrecht	103
c. Bindungswirkung aufgrund befürchtetem Reputationsverlust der Schiedsrichter	104
4. Zusammenfassende Stellungnahme	106
VI. Zwischenergebnis	107
Kapitel C Die Bewältigung der strukturellen Schwäche der Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	108
I. Herkunft und Verbreitung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	109
1. Die Herkunft der Verhältnismäßigkeitsprüfung	110
a. Der Ursprung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Liberalismus	110
b. Die Rezeption des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes durch das Bundesverfassungsgericht	112
c. Zusammenfassende Stellungnahme	115
2. Die internationale Verbreitung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	116
a. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	116
b. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Rechtsprechung zum Welthandelsrecht	119
c. Zusammenfassende Stellungnahme	124
3. Abschließende Stellungnahme	124

II. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im internationalen Investitionsschutzrecht	125
1. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im internationalen Investitionsschutzrecht	126
a. Kritik am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im internationalen Investitionsschutzrecht	127
b. Die ausgleichende Wirkung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	129
c. Erhöhung der Legitimität der Investor-Staat-Rechtsprechung durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	131
d. Begrenzung der Entschädigungshöhe durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	133
e. Zusammenfassende Stellungnahme	135
2. Die Praxis der Investor-Staat-Schiedsgerichte mit Bezug zum internationalen Investitionsschutzrecht	136
a. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung bei der indirekten Enteignung	137
b. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung bei dem Gebot der fairen und gerechten Behandlung	141
c. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Notstandsklauseln	146
d. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung bei dem Schutz gegen willkürliche und diskriminierende Maßnahmen	147
3. Abschließende Stellungnahme	150
III. Die rechtstheoretischen Grundlagen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	151
1. Die „Prinzipientheorie“	153
a. Das Kollisionsverhalten der Normen	154
aa. Die Kollision von Regeln	154
bb. Die Kollision von Prinzipien	155
cc. Die Kollision von Regeln und Prinzipien	156
b. Der „prima facie-Charakter“ von Regeln und Prinzipien	156
2. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	157
a. Die Prinzipientheorie und die Abwägung	158
aa. Das erste Abwägungsgesetz	158
bb. Das zweite Abwägungsgesetz	159
cc. Die Gewichtsformel	159
b. Die Rationalität der Abwägung	162

3. Zusammenfassende Stellungnahme	166
IV. Die Anwendbarkeit der rechtstheoretischen Grundlagen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auf das internationale Investitionsschutzrecht	167
1. Materielle Investorenrechte als Prinzipien	167
a. Rechtsvergleichende Betrachtung von Prinzipien im Welthandelsrecht	169
b. Die Prinzipieneigenschaft der materiellen Investorenrechte	170
c. Übertragbarkeit der Abwägungslehre auf das internationale Investitionsschutzrecht	173
2. Rekonstruktion von zwei Schiedssprüchen auf Grundlage der Abwägungslehre	175
a. Der Tecmed-Schiedsspruch	176
aa. Der Sachverhalt der Tecmed-Entscheidung	177
bb. Die Analyse der Verhältnismäßigkeitsprüfung	178
cc. Zusammenfassende Stellungnahme	181
b. Der Continental Casualty-Schiedsspruch	182
aa. Untersuchung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	182
bb. Zusammenfassende Stellungnahme	185
V. Zwischenergebnis	186
 Kapitel D Die tatbestandliche Verankerung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im europäischen Investitionsschutzrecht	 188
I. Die tatbestandliche Verankerung der Verhältnismäßigkeitsprüfung im europäischen Investitionsschutzrecht	188
II. Die Justiziabilität der Verhältnismäßigkeitsprüfung durch die Aufhebungsvorschriften für Schiedssprüche	193
1. Das Aufhebungsverfahren von Schiedssprüchen gemäß Art. 52 ICSID	194
2. Anwendbarkeit der Aufhebungsgründe auf die Nichtvornahme einer Verhältnismäßigkeitsprüfung	199
a. Der Aufhebungsgrund „manifest excess of power“	199
b. Der Aufhebungsgrund „failure to state reasons“	203
3. Zusammenfassende Stellungnahme	205

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Die zu erwartenden Effekte der tatbestandlichen Verankerung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im europäischen Investitionsschutzrecht	206
1. Auswirkungen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf die Legitimität der Investor-Staat-Rechtsprechung	207
a. Das Problem der Rechtsschöpfung durch die Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit	208
b. Legitimierung der Rechtsschöpfung der Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit	211
2. Die Auswirkungen der Verhältnismäßigkeitsprüfung auf das Verhältnis zwischen den Schiedsgerichten und den am Investitionsschutzabkommen beteiligten Parteien	216
a. Die Beschreibung des internationalen Investitionsschutzrechts mittels der Prinzipal-Agent-Theorie	217
b. Die Auswirkungen der tatbestandlichen Verankerung der Verhältnismäßigkeitsprüfung auf das Verhältnis zwischen Prinzipal und Agent	219
3. Die Beeinflussung des Rechtsgebiets des internationalen Investitionsschutzes durch die Verankerung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	220
a. Die Vorhersehbarkeit der Rechtsanwendung	220
b. Die Fortentwicklung des Rechtsgebiets	223
Kapitel E    Gesamtergebnisse der Untersuchung	225
Abschnitt F    Verzeichnisse	231